expertenReport

Quelle: Experten/KI

Öffentliches Defizit 2026 steigt auf 98,8 Milliarden Euro – Sachinvestitionen stagnieren

Ute Pappelbaum

Das öffentliche Finanzierungsdefizit ist im ersten Halbjahr 2026 um 40,3 Milliarden Euro gegenüber dem Vorjahreszeitraum gestiegen. Während die Zinsausgaben deutlich zulegen, bleiben die Sachinvestitionen insgesamt unverändert und gehen bei den Kommunen zurück. Der nahezu ausgeglichene Saldo der Sozialversicherung enthält Bundesdarlehen von 10,2 Milliarden Euro.

Die wirtschaftspolitische Spannung liegt dabei in der Verwendung der Mittel: Der höhere Finanzierungsbedarf geht bislang mit stagnierenden Sachinvestitionen einher. Die Halbjahreszahlen zeigen damit noch keinen breiten Investitionsanstieg, wohl aber wachsende Zinslasten und erheblichen Unterstützungsbedarf innerhalb der Sozialversicherung.

Bundesdefizit steigt auf 72,3 Milliarden Euro

Den größten Anteil am Gesamtdefizit trägt der Bund. Seine Ausgaben stiegen gegenüber dem ersten Halbjahr 2025 um 9,8 Prozent auf 325,5 Milliarden Euro, während seine Einnahmen um fünf Prozent auf 253,1 Milliarden Euro zurückgingen. Das Finanzierungsdefizit erhöhte sich dadurch von 30,0 auf 72,3 Milliarden Euro.

Ein Teil des Einnahmerückgangs ist auf steuerliche Entlastungen zurückzuführen. Destatis nennt die Stromsteuersenkung für das Produzierende Gewerbe und die Landwirtschaft sowie den Tankrabatt im Mai und Juni 2026. Zusammen mit einem Einbruch der Tabaksteuereinnahmen nach der Steueranhebung führten diese Entwicklungen zu rund 3,3 Milliarden Euro weniger Einnahmen gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Entlastungen können Kosten für Unternehmen und private Haushalte senken. Auf der staatlichen Seite vermindern sie zunächst die verfügbaren Einnahmen. Ob daraus zusätzliche wirtschaftliche Aktivität und später höhere Steuereinnahmen entstehen, lässt sich aus den vorliegenden Kassenergebnissen nicht ablesen.

Zinsausgaben wachsen, Sachinvestitionen bleiben unverändert

Die öffentlichen Zinsausgaben erhöhten sich um 21,2 Prozent auf 31,2 Milliarden Euro. Damit bindet der Schuldendienst

mehr Mittel, die für andere Aufgaben nicht mehr verfügbar sind.

Die Sachinvestitionen lagen dagegen mit 43,1 Milliarden Euro unverändert auf Vorjahresniveau. Darunter fallen Ausgaben für Baumaßnahmen und den Erwerb von Sachvermögen. Hinter dem Gesamtwert stehen unterschiedliche Entwicklungen: Beim Bund nahmen diese Ausgaben um 4,6 Prozent zu, bei den Ländern um 3,1 Prozent. Die Gemeinden verzeichneten hingegen einen Rückgang um 4,5 Prozent.

Aus diesen Angaben lässt sich keine vollständige Bewertung aller staatlichen Investitions- und Fördermaßnahmen ableiten. Für die erfassten Sachinvestitionen ist der Befund jedoch eindeutig: Das deutlich höhere öffentliche Defizit schlägt sich bislang nicht in einem entsprechenden Ausgabenanstieg nieder.

Kommunales Defizit bleibt auf Rekordniveau

Die Gemeinden und Gemeindeverbände schlossen das erste Halbjahr mit einer Finanzierungslücke von 20,1 Milliarden Euro ab. Damit blieb das Defizit auf dem Rekordniveau des Vorjahreszeitraums, dem höchsten Wert für eine erste Jahreshälfte seit der deutschen Vereinigung.

Die kommunalen Einnahmen stiegen um drei Prozent auf 184,0 Milliarden Euro, die Ausgaben um 2,7 Prozent auf 204,1 Milliarden Euro. Dass die Einnahmen etwas stärker wuchsen, reichte angesichts der bestehenden Lücke nicht für eine wesentliche Entspannung.

Zusammen mit den sinkenden Sachinvestitionen ergibt sich daraus ein wirtschaftlich relevanter Befund: Die kommunalen Haushalte bleiben unter Druck, während ihre Investitionsausgaben bereits zurückgehen. Für Bauwirtschaft und Handwerk bedeutet das weniger kommunale Ausgaben für Bau und Sachvermögen; für Unternehmen vor Ort kann eine verzögerte Erneuerung der Infrastruktur zusätzliche Standortprobleme schaffen.

Sozialversicherung: Fast ausgeglichener Saldo durch Bundesdarlehen gestützt

Die Sozialversicherung weist insgesamt ein vergleichsweise geringes Defizit von 68 Millionen Euro aus. In ihren Einnahmen sind allerdings Bundesdarlehen von insgesamt 10,2 Milliarden Euro enthalten: 6,3 Milliarden Euro für die Bundesagentur für Arbeit, 1,6 Milliarden Euro für die Pflegeversicherung und 2,3 Milliarden Euro für den Gesundheitsfonds.

Der nahezu ausgeglichene Kassensaldo ist deshalb kein Beleg dafür, dass die laufenden Einnahmen den Finanzierungsbedarf eigenständig decken. Rechnerisch läge der Saldo ohne diese Darlehenseinnahmen bei rund minus 10,3 Milliarden Euro. Das ist eine Bereinigung der ausgewiesenen Einnahmen, keine Prognose über einen Haushalt ohne Bundeshilfe.

Auch zwischen den Versicherungszweigen bestehen erhebliche Unterschiede. Kranken- und Arbeitslosenversicherung verbuchten unter Einbeziehung der Darlehen Überschüsse von 2,7 beziehungsweise 1,7 Milliarden Euro. Renten- und Pflegeversicherung schlossen dagegen mit Defiziten von 4,7 beziehungsweise 0,7 Milliarden Euro ab.

Die Darlehen sichern kurzfristig Liquidität. Eine dauerhafte Antwort auf die Finanzierungslücken liefern sie allein noch nicht.

Was die Halbjahreszahlen über den fiskalischen Spielraum zeigen

Die Ergebnisse beruhen auf der vierteljährlichen Kassenstatistik und umfassen Kern- und Extrahaushalte. Sie unterscheiden sich methodisch vom Finanzierungssaldo der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, der für die europäische Maastricht-Defizitquote maßgeblich ist. Die 98,8 Milliarden Euro dürfen daher nicht unmittelbar als Grundlage einer solchen Quote verwendet werden.

Die wirtschaftliche Aussage der vorliegenden Zahlen bleibt dennoch klar: Steigende Zinslasten, anhaltende kommunale Defizite und der Darlehensbedarf der Sozialversicherung begrenzen den finanziellen Spielraum. Entscheidend ist deshalb, ob zusätzliche Finanzierung künftig auch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit stärkt. Im ersten Halbjahr 2026 ist bei den Sachinvestitionen insgesamt noch kein entsprechender Anstieg zu erkennen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 351 vom 2. Oktober 2026.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport

https://www.experten.de/id/4952249/Oeffentliches-Defizit-2026-steigt-auf-988-Milliarden-Euro---Sachinvestitionen-stagnieren/